

## Handwerksbrief 3/2014

### Themen setzen und für Standpunkte werben – mit launigem Rahmen



So wie hier Präsident Ulrich Mietschke, der heutige Innenminister Stefan Studt und die Leiterin der Regionaldirektion Nord der Agentur für Arbeit Margit Haupt-Koopmann unterstützten an diesem Abend (fast) alle Gäste unsere Initiative „JA zum MEISTER“.

Meisterbrief, Rundfunkgebühren und der Ausblick auf 2015 – spannende Themen beim diesjährigen Sommerempfang unseres Verbandes vor zahlreichen Gästen.

Gemeinsam mit rund 150 Gästen aus Handwerk, Politik und Gesellschaft haben wir unseren Sommerempfang in der BusinessLounge der SparkassenArena in Kiel genutzt, um in großer Runde unsere Themen zu setzen. An der Spitze der Gästeliste: der ARD-Vorsitzende und NDR-Intendant Lutz Marmor, zugleich Gastredner des Abends, und Ministerpräsident Torsten Albig.

Präsident Ulrich Mietschke zeigte sich begeistert über die zahlreichen Gäste. „Das zeigt, dass das Handwerk in der Mitte der Gesellschaft steht – Politik und Gesellschaft haben zu Recht ein großes Interesse am Handwerk und unserer Arbeit“, so Mietschke. Er nutzte die Gelegenheit, um

der Politik noch einmal die Bedeutung des Meisterbriefes in das Stammbuch zu schreiben. „Der Meisterbrief und der Erfolg der Dualen Ausbildung, für die Deutschland europaweit gelobt werde, sind zwei Seiten derselben Medaille. Der Meisterbrief sichert die Qualität der Berufsausbildung, er gibt das Rüstzeug für eine erfolgreiche Selbstständigkeit, er sichert die Qualität im Handwerk und er ist damit aktiver Verbraucherschutz“, so Präsident Mietschke, der in diesem Zusammenhang davor warnte, stets mehr Abiturienten und Hochschulabgänger einzufordern. „Wir brauchen weiterhin jene junge Menschen, die sich engagiert und motiviert einer qualifizierten praktischen Ausbildung stel-

### Editorial

*Sehr geehrte Damen und Herren,*



unglaublich, aber es ist schon wieder soweit. Das Jahr 2014 neigt sich dem Ende entgegen, die Wahlperiode des Landtages ist auch schon wieder zur Hälfte um.

Zeit, eine Bilanz zu ziehen:

Aus wirtschaftlicher Sicht war 2014 für die meisten unserer Handwerksbetriebe sicher ein erfolgreiches Jahr, trotz der sich eintrübenden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Aber auch für 2015 scheint die Zuversicht noch ungetrübt. Das ist auch gut, denn wir wissen, dass die tatsächliche Entwicklung auch stark von den Erwartungen abhängt.

Erfreulich ist, dass sich nun auch der Schleswig-Holsteinische Landtag – zwar nach vielen Diskussionen, aber nunmehr mit breiter Mehrheit – zum Meisterbrief als qualifikationsgebundenen Berufszugang bekennt. Herzlichen Dank.

Sorge bereitet mir dagegen der weitere Verfall der politischen Kultur in unserem Land. Gesetze werden geändert, um Personen Ämter zu ermöglichen bzw. um Personen aus Ämtern zu drängen. Der Ministerpräsident lehnt seinen eigenen Wahlvorschlag ab und Debatten im Landtag sind von persönlichen Diffamierungen geprägt. Nein, so etwas hat unser Land nicht verdient. Das Land gehört nicht den Parteien, sondern seinen Bürgern.

In der Hoffnung, dass dies im Jahr 2015 besser wird, wünsche ich Ihnen frohe und gesegnete Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr.

Ihr

Ulrich Mietschke  
Präsident Handwerk  
Schleswig-Holstein e.V.



len." Gerade im Hinblick auf die kommenden „Doppel-Jahrgänge“ an Gymnasien (G8 und G9) und der zu erwartenden hohen Absolventen-Zahlen „besteht für das Handwerk eine große Chance, erfolgreich für eine qualifizierte und perspektivisch ausgerichtete Ausbildung in einem unserer Betriebe hinzuweisen“.

NDR-Intendant Lutz Marmor ließ sich in dieser Runde natürlich nicht die Gelegenheit nehmen, für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und das neue Beitragsmodell zu werben. Obwohl dieses von unserer Seite stark kritisiert worden war (siehe dazu die letzten Handwerksbriefe), stellte Marmor sich der Diskussion und vertrat seine Standpunkte. „Wir leisten einen wichtigen Teil für die Verbreitung von

Information, damit tragen wir zur gesellschaftlichen Bildung bei. Gute Unternehmen brauchen Mitarbeiter, die Bescheid wissen. Darüber, was in der Welt, vor ihrer Haustür und ihrer Branche passiert. Dafür braucht es nicht nur, aber ganz maßgeblich, uns“, so Marmor in einer grundsätzlichen Feststellung. Die Landesprogramme des NDR in Schleswig-Holstein würden nicht nur über die News an sich berichten, sondern ordneten die Informationen auch ein. Mit dem Angebot in Radio, Fernsehen und Internet sei der NDR das einzige Medium, das „trimedial“ berichte und mit Regionalstudios in mehreren Städten des Landes vertreten sei.

Marmor räumte ein, dass das neue Beitragsmodell manchen Betrieben eine Bei-

tragserhöhung gebracht habe. Aber: „Unternehmen mit maximal 8 Mitarbeitern pro Betriebsstätte profitieren von einem reduzierten Beitrag – sie zahlen nur ein Drittel.“ Zudem verwies Marmor auf eine Ausgabengrenze: „Selbst, wenn durch die Rundfunkbeiträge mehr Geld als erwartet in die Kasse kommt – wir dürfen es nicht ausgeben.“ Auch bei den Öffentlich-Rechtlichen müsse daher gespart werden – am Personal, am Programm. Marmor: „Die Zeiten des Wachstums sind für uns – wie für andere gesellschaftliche Institutionen auch – vorbei!“

Ministerpräsident Torsten Albig unterstützte in seinem Grußwort die Forderung des Handwerks in Sachen Meisterbrief und versprach weiterhin seine Unterstützung.



Dr. Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein, diskutiert mit MdL Patrick Breyer (Piratenpartei).



Im Gespräch (v. li.): Klaus Wiese (stv. OM der Innung für Orthopädietechnik Nord), Enno de Vries (HGF der Fachverbände SHK und Metall) und Hans-Henning Kujath (Verbandsdirektor Haus & Grund).



Dr. Michael Adamska, Vorstand der IB.SH, und Bernd Küpperbusch, tauschen sich mit Dr. Aloys Altmann aus.



Gelöste Stimmung im Plenum bei der Begrüßung durch Ulrich Mietschke: Nicht immer müssen Reden und Grußworte langweilig sein!



Daumen hoch für den Meisterbrief: Präsident Ulrich Mietschke und FDP-Urgestein Wolfgang Kubicki.



Politik und Handwerk (v. li.): MdL Dr. Andreas Tietze (Grüne), Johannes Callsen (CDU) und Jan-Nikolas Sonntag, Geschäftsführer des Verbandes des Kfz-Gewerbes Schleswig-Holstein e.V.



Ebba Brettschneider, Geschäftsführerin der Kreishandwerkerschaft Kiel, diskutiert mit Geschäftsführer Tim Brockmann.



Hielt einen bemerkenswerten Gastvortrag zur Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, zur Reform der Rundfunkbeiträge und zu den Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige regionale Berichterstattung – „trimedial“



Präsidenten für ein starkes schleswig-holsteinisches Handwerk: Kammerpräsident Günther Stapelfeldt und Verbandspräsident Ulrich Mietschke.



Torsten Albig (Mitte) im heiteren Dialog mit Geschäftsführer Heinz Essel und Maren Andresen, Landesinnungsmeisterin des Bäckerhandwerks.



# Denkmalschutz: „Wir wollen Betriebe – und keine Museen!“

Klassische Verbandsarbeit auf politischer Ebene: Bei der mündlichen Anhörung im Landtag zum Denkmalschutzgesetz legte Geschäftsführer Tim Brockmann die Standpunkte für das Handwerk im Norden dar. So warb er bei den Abgeordneten noch einmal für Veränderungen am vorliegenden Gesetzentwurf.

Zunächst lobte er zwar, dass die Landesregierung bereits an einigen Stellen substantielle Änderungen, wie etwa beim Verzicht auf das Verbandsklagerecht, vorgenommen habe. Insgesamt seien die Änderungen jedoch noch nicht ausreichend, um die Sorgen der Wirtschaft vor zusätzlichen Belastungen zu entkräften. Unternehmen bräuchten Rechts- und Planungssicherheit bei Investitionsentscheidungen, so Geschäftsführer Brockmann. Es müsse daher möglich sein, dass Betriebe rechtsverbindliche Aussagen von den Behörden erhalten, ob ihre Betriebsstätte unter Denkmalschutz stehe oder nicht. Darüber hinaus müssten insbesondere bei Betriebsstätten die wirtschaftlichen Belange einen



größeren Stellenwert erhalten. Was nütze das schönste Denkmal, wenn es für einen Betrieb wirtschaftlich nicht nutzbar sei? „Der Denkmalschutz darf der wirtschaftlichen Entwicklung eines Betriebes nicht entgegenstehen. Wir wollen Betriebe – und keine Museen“, so Geschäftsführer Brockmann abschließend.

# Mindestlohn: Wenn es denn nur die 8,50 Euro wären...

Mittlerweile ist es hinlänglich bekannt: Der Mindestlohn kommt. Ab 1. Januar gilt ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde in Deutschland. Aber nicht nur der Mindestlohn selbst ist zementiert. Nein, mit ihm kommen auf die Betriebe auch Unmengen an zusätzlichen und unnötigen bürokratischen Belastungen zu.

Kurios, unverständlich und nicht nachvollziehbar daran ist: Der bürokratische Aufwand hätte – im Gegensatz zum Mindestlohn selbst – verhindert werden können. Doch bedauerlicherweise hat die Bundesregierung nicht von ihrem Gestaltungsspielraum Gebrauch gemacht. Künftig muss nun beispielsweise in der gesamten Bauwirtschaft die Arbeitszeit umfassend aufgezeichnet werden. Und zwar auch in



Bereichen, die bisher nicht betroffen gewesen sind, zum Beispiel bei den Angestellten. Selbst dann, wenn Vertrauensarbeitszeit vereinbart ist und das Lohnniveau weit über dem Mindestlohn liegt.

„Es verwundert schon sehr, dass die Bundesregierung keinen Mut für wesentliche Erleichterungen bei den Aufzeichnungspflichten hatte. Es kommt sogar noch schlimmer. Die Bauwirtschaft wird explizit von Erleichterungen ausgenommen. Kurierfahrer und Zeitungszusteller dagegen erhalten Erleichterungen. Das ist völlig absurd. Mal wieder werden Handwerksbetriebe mit Bürokratie und unnötigen Kosten belastet“, kommentierte Geschäftsführer Tim Brockmann die aktuelle Entwicklung in Berlin.

# Skeptische Prognose für die Wirtschaft

Zur Mitgliederversammlung begrüßte Präsident Ulrich Mietschke neben den Mitgliedern des Verbandes auch Prof. Dr. Stefan Kooths, den neuen Leiter des Prognosezentrums am Kieler Institut für Weltwirtschaft. Prof. Dr. Kooths informierte uns, wie es um die Konjunktur in Deutschland bestellt ist.



Prof. Dr. Stefan Kooths

So machte der Experte deutlich, dass es Deutschland aktuell vergleichbar gut gehe, unser Land aber bei weitem nicht so stark sei, wie es scheint. Der Staat profitiere ganz besonders vom niedrigen Zinsniveau. Eine Zinssteigerung von nur einem Prozentpunkt würde bereits 20 Mrd. Euro mehr Zinsaufwand bedeuten. Auch der seit 2001 ununterbrochen stattfindende Verzehr des öffentlichen Kapitalstocks sowie die demografische Entwicklung bereiten ihm Sorgen. Hinzu käme, dass durch die Zinspolitik

der EZB tendenziell eine Überhitzung der deutschen Wirtschaft drohe.

Um dem entgegen zu wirken, forderte er, auf Konjunkturprogramme zu verzichten und die deutsche Finanzpolitik wetterfester zu machen. Für den Erhalt der Infrastrukturen empfehlen sich in erster Linie Mautsysteme, welche die Mittel an die richtigen Stellen lenken. Der materielle Wohlstand könne nur weiter wachsen, wenn die Politik kontraproduktive Beiträge wie Mindestlohn, Mütterrente und Rente mit 63 korrigiere.

Präsident Mietschke: „Prof. Dr. Kooths bestätigt meine Auffassung, dass wir uns auf der aktuellen wirtschaftlichen Lage nicht ausruhen dürfen. Vielmehr müssen jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden, damit wir – und unser Land – auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben!“

Partner des Handwerks:



Herausgeber:

Handwerk Schleswig-Holstein e.V. • Vereinigung der Fachverbände und Kreishandwerkerschaften  
Gablenzstraße 9 • 24114 Kiel • Fon 0431.98179-0 • Fax -22 • info@handwerk.sh • www.handwerk.sh

Gestaltung und Druck: www.joc-marketing.de, Heide